

Zum dritten Jahrestag des rechten und rassistischen Anschlags von Hanau

Am 19. Februar 2020 wurden neun Menschen bei dem rechten und rassistischen Anschlag in Hanau getötet. Ihre Namen lauten:

GÖKHAN GÜLTEKIN

SEDAT GÜRBÜZ

SAID NESAR HASHEMI

MERCEDES KIERPACZ

HAMZA KURTOVIĆ

VILI VIOREL PĂUN

FATIH SARAÇOĞLU

FERHAT UNVAR

KALOYAN VELKOV

Drei Jahre ist es inzwischen her, dass sie an zwei Tatorten in Hanau ermordet wurden und das Motiv lautete: Rassismus.

Drei Jahre nach diesem Anschlag, der oftmals als eine Zäsur bezeichnet wurde, bleibt festzuhalten: Von einer gesellschaftlichen und politischen Aufarbeitung, von einer umfassenden Aufklärung dessen, was am 19. Februar 2020 passierte und wie es dazu kommen konnte, kann noch längst keine Rede sein.

Denn rechte, rassistische und antisemitische Stereotype und Vorurteile halten sich robust – die Art und Weise, wie über die Silvesternacht 2022/2023 in Berlin gesprochen wurde, hat dies deutlich vor Augen geführt. Dabei schwingt immer die Gefahr mit, dass aus rassistischen Äußerungen rassistische Gewalttaten entstehen können.

Rassistische Gewalttaten sind stets als Botschaftstaten zu lesen. Sie richten sich an ganze Gruppen und Communities, die auf vermeintliche Zuschreibungen reduziert werden und denen signalisiert werden soll, dass sie nicht akzeptiert werden als Teil der Gesellschaft.

Den Betroffenen zu helfen, sie zu unterstützen, ihnen ernsthaft zuzuhören und ihnen auf Augenhöhe zu begegnen, das alles sind wichtige und richtige Schritte, um dieser Gewalt zu begegnen. Schlussendlich liegt es an uns allen, den Bedingungen, die eine Tat wie den rechten und rassistischen Anschlag von Hanau ermöglichen, entschlossen entgegenzutreten: Dies beinhaltet ein kompromissloses und klares Engagement gegen rechte Gewalt, Rassismus und Antisemitismus.

Auf politischer Seite ist es an der Zeit, nicht nur Verantwortung zu benennen und zu übernehmen – es müssen Konsequenzen folgen. Diese Konsequenzen müssen sich endlich in konkrete Maßnahmen übersetzen: von rassismuskritischer und traumasensibler Ausbildung bei Polizei und Behörden bis hin zu klaren Konzepten und Mindeststandards, die bei rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten greifen müssen.

Das eindeutige Bekenntnis gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeder Art ist am Jahrestag des rechten und rassistischen Anschlags von Hanau ein klares, solidarisches Zeichen mit den Überlebenden, den Angehörigen der Ermordeten und allen weiteren Betroffenen.

Jede:r sollte versuchen, auch an jedem anderen Tag im Jahr einen Teil dazu beizutragen, rassistische und antisemitische Strukturen aufzubrechen. Denn nur im geteilten und gemeinschaftlichen Einstehen gegen rechte Gewalt, Rassismus und Antisemitismus besteht die Chance, jenen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, für den insbesondere Überlebende und Angehörige zusammen mit ihren Unterstützer:innen Tag für Tag bisher selbst kämpfen müssen.

Pressekontakt: presse.response@frankfurt-evangelisch.de

Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei *response*.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

